

Ercheinungswelfe:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Fefttage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigentell:
die Zeile 15 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Zeile 50 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zufchlag

Für Platzvorfchriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Gerihtsftand für beide Velle
in Calw.



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Poft-Bezugspreis 40 Gold-
pfennige ohne Beftellgeld

Schluf der Anzeigen-
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
befteht kein Anpruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreifes

Fernfprecher Nr 9

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oelshöfer'schen
Buchdruckerei.

Nr. 32

Mittwoch, den 8. Februar 1928

101. Jahrgang.

Reichstag und Mieterschutz.

Änderung des Mieterschutzgesetzes?

Berlin, 8. Febr. Der Reichstag, der sich einige Tage Ruhe gönnte, beschäftigte sich gestern vor Wiederaufnahme der Etatsberatungen mit der Änderung des Mieterschutzgesetzes. Während die Zwangswirtschaft auf anderen Gebieten fast völlig verschwunden ist, so ist sie auf dem des Wohnungswesens bisher noch ziemlich unverändert geblieben. Soweit Durchführungen erfolgten — durch Freigabe der gewerblichen Räume und der großen Wohnungen — trafen sie einen verhältnismäßig kleinen Bevölkerungsfreis, nicht die Massen der Mieterschaft. In dem jetzt vorliegenden Gesetzesentwurf dagegen wird

ein erster entscheidender Schritt zum Abbau des Mieterschutzes

getan. Die Vorlage enthält als Kernstück nämlich ein erweitertes Kündigungsrecht des Vermieters. Allerdings ist diese Bestimmung mit einer Reihe von Hemmungsklauseln versehen, die eine rigorose Handhabung verhindern sollen.

Dennoch protestierten die Sozialdemokraten in allerhöchster Form gegen die Unterminierung des bestehenden Mietrechts. Ihr Redner Lipinski konnte sich auf die Stellungnahme des Reichsrates berufen, der gegen das neu einzuführende Verfahren schwere Bedenken erhoben und es mit großer Mehrheit abgelehnt hat. Dem Zentrum insbesondere warf der sozialdemokratische Redner vor, daß es sich um des Reichsschuldsatzes willen zu Konzessionen herbeigelassen habe.

Reichsjustizminister Hergt

erklärte, bei dem Kampf gegen diesen Entwurf handele es sich tatsächlich gar nicht um den vorliegenden kleinen Entwurf, sondern um eine Kampfstellung in den großen programmatifchen Fragen: Wohnungszwangswirtschaft und freie Wirtschaft. Sowohl die Mieterverbände wie die Hausbesitzerkreise gingen erstlich auf den vorliegenden Gesetzesentwurf überhaupt nicht ein. Der Minister stellte fest, daß ihm weit über sechshundert solcher Eingaben aus Haus-

besitzerkreisen zugegangen seien. Diese Kampfstellung bringe Einseitigkeit und Uebertreibung des Standpunktes mit sich. Es sei bedauerlich, daß zu der Geißel der ungeheuren Wohnungsnot, unter der das Volk leide, noch die Geißel der Agitation getreten sei.

Jede Zwangswirtschaft sei ein Uebel. Der vorliegende Entwurf bringe aber weder eine Entscheidung nach der einen noch nach der anderen Seite.

In grundsätzlichen Entscheidungen sei der Zeitpunkt noch nicht gekommen. Der Entwurf halte genau die Mitte zwischen den Interessen beider Seiten. Die Forderung der Zwangswirtschaft werde bewußt den Ländern überlassen. Bei dem Entwurf handele es sich nur um

formale Erleichterungen, die Mietern und Vermietern zugute kommen.

Er erleichtere auch die allmähliche Wiederherstellung der normalen Verhältnisse, indem er den etwas verdunkelten Begriff der Kündigung wiederherstellt. Es sei aber nun durchaus nicht mit einer Flut von Kündigungen zu rechnen, da das materielle Kündigungsrecht in keiner Weise erweitert worden sei. Der Minister erklärte, er habe zu der Vermieterschaft das Vertrauen, daß sie die neuen Bestimmungen nicht in einer die Mieter verbitternden Weise anwende. Andererseits würden die Mieterorganisationen ihre Mieter aufzuklären wissen, um sie vor schädlichen Wirkungen zu schützen. An dem Ausbau der Fürsorge werde weiter gearbeitet werden. Der Minister schlug zum Schluß vor, die Vorlage nicht schon am 15. Februar, sondern erst am 1. April in Kraft treten zu lassen, da die Länder nicht in der Lage seien, die Ausführungsbestimmungen rechtzeitig fertigzustellen.

Die Bemühungen der Regierung, dem Entwurf eine harmlose Deutung zu geben, blieben auf die Opposition ohne Eindruck. Der Demokrat Bill rief, den Entwurf, der selbst bei den Interessenten wenig Gegenliebe gefunden habe, zurückzuziehen. Es bleibe abzuwarten, ob die Regierung diesem Ratsschlag folgt oder vielleicht eine andere Formulierung des strittigen Paragraphen versucht.

Die Reichshilfe für Ostpreußen.

Kabinettsrat zur Steuerung der Not im Osten.

II. Berlin, 8. Febr. Gestern vormittag trat unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten von Hindenburg ein Reichskabinettsrat zusammen, um sich über Hilfsmaßnahmen für die Wirtschaft Ostpreußens zu beraten.

Amlich wird hierzu mitgeteilt: Mit Rücksicht auf die durch die Friedensverträge geschaffene einzigartige wirtschaftliche Notlage Ostpreußens war in der unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten Ende Dezember vorigen Jahres abgehaltenen gemeinsamen Sitzung des Reichsministeriums und des preussifchen Staatsministeriums die Notwendigkeit von Hilfsmaßnahmen für diese Provinz grundsätzlic anerkant worden. Ueber die Durchführung dieser Hilfsmaßnahmen sind in der Zwischenzeit eingehende Beratungen unter den Ressorts und mit den Vertretern der ostpreussifchen Wirtschaft in Königsberg und Berlin gepflogen worden.

Das Ergebnis dieser Verhandlungen bildete gestern den Gegenstand erneuter gemeinschaftlicher Beratungen der beiden Kabinette unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten. Dabei wurde ein volles Einverständnis über die Hilfsaktion erzielt. Diese zerfällt in ein System von einzelnen Maßnahmen, zu denen insbesondere auch die Erleichterung der Aufnahme einer größeren Anleihe gehört. Aus Mitteln des Reiches und Preußens wird für das laufende Jahr ein Betrag von 75 Millionen Mark vorgesehn, von denen 60 Millionen vom Reich und 15 Millionen von Preußen bereitgestellt werden sollen.

Die Wege, die zur Herbeiführung der Gesundung der ostpreussifchen Wirtschaft beschritten werden sollen: die Eröffnung eines ersperrigen Realkredits zu günstigen Bedingungen, die Umwandlung der drückenden hohen Personalschulden der Landwirtschaft in einen langfristigen zweifelhafteigen Hypothekenkredit, besondere Kreditmaßnahmen für Kleinbäuerliche Besizer, Pächter, Siedler und so weiter, und weitere Maßnahmen zur Erhaltung des Besitzes, sowie zur Stützung der ostpreussifchen Industrie fanden allseitige Billigung. Zur Senkung der öffentlichen Lasten wird das Reich durch Entgegenkommen bei den Reichsteuern und andere

Entlastungsmaßnahmen, Preußen durch Erleichterung der Schullasten und realen Steuern beitragen. Schließlich wurden die Vorschläge für eine besondere Berücksichtigung Ostpreußens auf dem Gebiete des Eisenbahngüterverkehrs geprüft und anerkannt. Die Hilfsmaßnahmen werden unverzüglich verwirklicht werden.

Was die Durchführung der Hilfsaktion anbelangt, so sind die Dispositionen so getroffen worden, daß ein Teil der Maßnahmen, insbesondere die Eröffnung des erstmaligen Realkredits, sofort in Kraft treten können. Auch darf man hoffen, daß die in Ausführung der Kabinettsbeschlüsse noch ausstehenden Verhandlungen im Laufe dieses Monats zum Abschluße gelangen werden. Hierbei handelt es sich vor allem um den Abschluß der in dem amtlichen Bericht erwähnten größeren Anleihe, deren genaue Summe noch nicht feststeht, sowie um die in Aussicht genommenen Erleichterungen im Güterverkehr zwischen Ostpreußen und dem Reich. Was die Hilfe für die ostpreussifche Industrie anbelangt, so glaubt man auch hier insbesondere der in Ostpreußen viel verbreiteten Kleinindustrie, auf dem Wege der Kreditgewährung helfen zu können.

Besprechungen Gröners mit den Parteiführern.

II. Berlin, 8. Febr. Der Reichswehrminister Gröner hatte gestern nachmittag im Reichstag mit den Führern der einzelnen Parteien Besprechungen, die der Vorbereitung der Beratung über den Reichswehretat im Haushaltsausschuß dienten. Dabei spielte vor allem auch die Frage eine Rolle, ob und wie die Phöbus-Angelegenheit zur Erörterung gebracht werden soll. Wie verlautet, beabsichtigen die Sozialdemokraten nicht, auf die Besprechung der Phöbusangelegenheit zu verzichten, so daß angenommen werden kann, daß auch diese Angelegenheit bei der Debatte über den Wehretat im Haushaltsausschuß am Donnerstag zur Sprache kommen wird.

Bezüglich des Liquidationsschuldengesetzes ist noch keine Aussicht auf eine Einigung zwischen den Regierungsparteien und der Regierung geschaffen worden.

Tages-Spiegel

Der Reichstag begann gestern mit der zweiten Beratung des Entwurfes zur Änderung des Mieterschutzgesetzes.

Der neue Entwurf enthält eine Änderung des Pfandbesetzungsverfahrens, welche von der Linken stark bekämpft wird.

Unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten hat gestern das Reichskabinettsrat Ausführungsbestimmungen für die notleidende ostpreussifche Wirtschaft gefaßt.

In Brüssel vertritt man die Auffassung, daß die Zahl der Dawes-Annullitäten nur im Zusammenhang mit der endgültigen Regelung der interalliierten Schulden festgesetzt werden darf.

Mit einer kurzen und nichtisagenden Thronrede wurde gestern die neue Tagung des englischen Parlaments eröffnet.

In Rudolstadt, dem Sitz des thüringifchen Landesfinanzamts, fand gestern eine Massenkundgebung des thüringifchen Landbundes statt, zu der 35 000 Landwirte erschienen waren.

Rheinlandräumung und Reparationsfrage.

Der Standpunkt Belgiens.

II. Paris, 8. Febr. Ueber den belgischen Standpunkt zum Rheinlandfrage berichtet der Brüsseler Sonderkorrespondent des „Temps“ seinem Blatte, daß man in Regierungskreisen eine große Zurückhaltung gegenüber den letzten Reden des Reichsaußenministers Dr. Stresemann und des französischen Außenministers Briand beachte. In politischen Kreisen erkenne man an, daß Dr. Stresemann mit Geschick sein „Mandöver“ zugunsten einer vorzeitigen Rheinlandräumung entwickelt und man unterstreiche, daß er das Prinzip von Gegenleistungen annehme, die im Laufe etwaiger Unterhaltungen näher festzusetzen seien. Andererseits billige man, daß Briand den wahren Charakter der Rheinlandbesetzung erläutere, die nur gegen gleichwertige und greifbare Gegenleistungen vor der Zeit aufgehoben werden könne. Was die Sicherheitsfrage anlangt, gebe man in Brüssel zu, daß die Locarnoverträge für Belgien eine wertvolle Garantie darstellen. Auf alle Fälle müsse auf eine wirksame und ständige Art der Kontrolle das Untersuchungsrecht in der entmilitarisierten Rheinlandzone durch den Völkerbund organisiert werden.

Was die Reparationen anlangt, so unterstreichen die belgischen Sachverständigen, daß die bisherige Erfahrung des Dawesplanes keinen Schluß zulasse, da für die vier ersten Annuitäten das Reich ein teilweises Moratorium genieße. Man müsse darum die Mobilisierung eines Teiles der deutschen Schuld ins Auge fassen. In gewissen belgischen Kreisen scheine man dieser Mobilisierung nicht mehr günstig und der Anschauung zu sein, daß das Annuitätensystem vorzuziehen ist, da es sich über eine Generation erstreckt, um mit den durch den Krieg verwüsteten Staaten das Werk der wirtschaftlichen und finanziellen Sanierung zu vollenden.

Der Tätigkeitsbericht der Saargegierung.

Neuwahlen zum Landesrat am 25. März.

II. Genf, 8. Febr. Das Völkerbundsekretariat veröffentlicht den üblichen Tätigkeitsbericht der Saargegierung für das letzte Vierteljahr 1927. Bei der Darstellung der wirtschaftlichen und sozialen Lage im Saargebiet weist der Bericht auf die laufenden deutsch-französischen Zollverhandlungen im Saargebiet hin und beschäftigt sich sodann mit der schwierigen Lage der Kohlengruben im Saargebiet, deren Gesamtproduktion im Jahre 1927 um rund 228 000 Tonnen weniger betrage als 1926. Zur politischen Lage weist der Bericht lediglich auf die zwei Tagungen des Landesrates hin, auf denen eine Reihe von laufenden Angelegenheiten behandelt worden sei. Das Mandat der Mitglieder des Landesrates sei mit dem 31. Dezember 1927 abgelaufen. Die Wahlen für den neuen Landesrat wurden auf den 25. März 1928 festgesetzt. Zum Schluß behandelt der Bericht in einer kurzen Zusammenfassung die administrativen Maßnahmen der Saargegierung.

Denkschrift d. Reichsverkehrsministeriums

Der lange und zeitweise sehr erbitterte Kampf zwischen Reichsbahn und Kraftverkehr scheint endlich das Ende zu nehmen, das man ihm schon lange gewünscht hat. Das Reichsverkehrsministerium gibt jetzt eine Denkschrift heraus, aus der sich mancherlei höchst interessante Einzelheiten über den Verlauf des Kampfes zwischen Reichsbahn und Reichs-post-Kraftwagenverkehr einerseits und diesen beiden Insti-tuten und den privaten Kraftverkehrs-Gesellschaften andererseits und schließlich auch die erfreuliche Tatsache des bevorstehenden Friedensschlusses zwischen Reichsbahn und Kraftverkehr entnehmen läßt.

Außerordentlich bezeichnend für das Problem des amtlichen Kraftverkehrs an sich ist die Tatsache, daß die Reichs-post mit ihren 2600 Autobussen nicht mehr Personen beför-dert hat, als die verschiedenen privaten Kraftverkehrs-Gesellschaften mit zusammen rund 800 Autobussen. Die Passa-gierzahl belief sich bei beiden im ersten Halbjahr 1927 auf rund 21 Millionen Personen. Die Reichs-post darf insofern Nachsicht beanspruchen, als sie gezwungen ist, zahlreiche un-rentable Linien zu befahren, ein Zwang, der für sie aus ihrer Stellung als Monopolinstitut resultiert. Andererseits aber ist zu bedenken, daß Jahre lang zahllose Anträge von Gesellschaften auf Genehmigung neuer Kraftfahrlinien ab-schlägig beschieden wurden, und zwar lediglich weil über die Leistungsfähigkeit des neuen Verkehrsmittels erst Erfah-rungen gesammelt werden mußten.

Eine ähnlich ablehnende Haltung nahm die Reichsbahn ein, die solange sich gegen Zusammenarbeit mit der neuen Konkurrenz wehrte, bis sich herausstellte, daß gegenwärtig nicht weniger als rund 250 Millionen Mark jährlich dem Kraftverkehr zuzuführen, die bei seinem Fehlen der Reichs-bahn zugute kommen würden. Man ist sich längst darüber klar geworden, daß der Kraftverkehr geradezu ideale Dienste als Zubringer auf Strecken leisten kann, für die sich die kostspielige Anlage von Bahnkörpern und Bahnhöfen nicht ren-tieren würde. Erst jetzt ist man bei der Reichsbahn daran gegangen, mit den großen Kraftverkehrs-Gesellschaften Ver-einbarungen zu treffen, die darauf hinauslaufen, in Fällen wo man ehemals Kleinbahnen und Kraftfahrlinien ein küm-merliches Dasein nebeneinander führen ließ, eine in Zu-kunft gesunde Kraftfahrlinie zu betreiben, was wahrschein-lich beiden Parteien in hohem Maße zugute kommen wird.

Notwendig ist allerdings, daß dann so rasch wie möglich und so gründlich wie möglich die deutschen Landstraßen auf einen zeitgemäßen Stand gebracht werden. Die Zeit, wo man von den deutschen Landstraßen als von den besten der Welt sprechen durfte, sind vorüber. Stammen sie doch fast sämtlich aus einer Zeit, wo kein Mensch sich träumen ließ, daß jemals hundertzperdige Lastkraftwagen sie befahren würden.

Aus dem Saargebiet

Die saarländischen Sozialisten verlangen sofortige Wieder-vereinigung des Saargebietes mit dem Deutschen Reich.
Ul. Saarbrücken, 7. Febr. Auf dem am Sonntag hier tagenden Parteitag der saarländischen Sozialdemokratie wurde eine Entschliebung angenommen, in der als die ein-zige Möglichkeit einer Lösung der großen Schwierigkeiten, die besonders hart die deutsche Arbeiterchaft an der Saar treffen, nur die baldige Wiedervereinigung des Saargebietes mit dem Reich erblickt wird.

Rückgang der deutschen Ausfuhr nach Frankreich

Ul. Paris, 7. Febr. Die nun veröffentlichte französische Ein- und Ausfuhrstatistik für das Jahr 1927 weist für Deutschland die betrüblichsten Ergebnisse auf. Die Einfuhr nach Frankreich betrug im Monat Dezember 382 081 000 Fr., was gegenüber dem Dezember 1926 eine Verminderung um 165 240 000 Franken bedeutet. Für das ganze Jahr 1927 weist die deutsche Einfuhr nach Frankreich einen Betrag von 4 212 290 000 Fr. auf, was gegenüber dem Jahre 1926 einen Unterschied zu Ungunsten Deutschlands um 755 926 000 Fr. bedeutet. Die Hoffnungen, die man an das Anfang Septem-ber ins Leben gerufene deutsch-französische Handelsabkommen knüpfte, erfüllten sich demnach in keiner Weise für Deutsch-land. Um so mehr dagegen für Frankreich, denn die Aus-fuhr aus Frankreich nach Deutschland erreichte im Dezember 1927 einen Wert von 635 877 000 Fr., was eine Vermehrung um 101 448 000 Fr. bedeutet. Die französische Ausfuhr nach Deutschland erreichte im Jahre 1927 den Wert von 4 475 048 000 Fr., was eine Vermehrung gegenüber 1926 um 2 023 267 000 Fr. bedeutet. Absolut und relativ wird demnach Deutschland von Frankreich in der Handelsbilanz geschlagen. Das Handelsabkommen hat praktisch bloß einen Wert für Frankreich.

Estland wünscht einen Handelsvertrag mit Deutschland

Ul. Dorpat, 8. Febr. Wie das Blatt „Postimees“ meldet, erwartet man in estländischen politischen Kreisen in aller-nächster Zeit eine deutsche Antwort auf das Memorandum der estländischen Regierung über den Abschluß eines deutsch-estländischen Handelsvertrags. Das Blatt hofft, daß die Schwierigkeiten, die sich dem Beginn der Handelsvertrags-verhandlungen entgegenstellten, nun aus dem Wege zu räu-men sein werden. Estland sei an einem Handelsvertrag mit Deutschland sehr interessiert, da der größte Teil seines um-fangreichen Vorratsexports von Deutschland aufgenommen wird.

Die Haupt Schwierigkeit, die den Beginn der deutsch-est-ländischen Wirtschaftsverhandlungen verzögerte, liegt in der

allen eigentumsrechtlichen Begriffen widersprechenden Ent-eignung des deutschen Grundbesitzes durch die estländische Agrarreform. Die estländische Regierung hat sich bis heute nicht dazu entschließen können, den enteigneten deutschen Grundbesitzern eine auch nur einigermaßen entsprechende Entschädigung für ihren Verlust zu gewähren. Die estlän-dische Regierung trägt sich gegenwärtig mit dem Plan, Deutschland bei den Verhandlungen über den Abschluß des Wirtschaftsvertrags dazu zu veranlassen, die Entschädigungs-anprüche für seine in Estland enteigneten Staatsangehörigen auf das Maß der schwedischen bzw. italienischen An-sprüche herabzusetzen.

Gegen die Vergewaltigung Südtirols

Aufruf der katholischen Organisation Tirols an die Katholiken der ganzen Welt.

Ul. Innsbruck, 7. Febr. Ein Aufruf der katholischen Or-ganisationen Tirols an die Katholiken der ganzen Welt ist an sämtliche katholische Organisationen in Oesterreich und Deutschland hinausgegangen. In diesem Aufruf heißt es u. a.: „Ein einziger Beschrei hallt über das ganze ungült-liche Land, aber er darf nicht laut werden, denn schon harren Kerker und Ketten derer, die für das heiligste aller Rechte die Stimme erheben wollen. Der Vater der Christenheit hat im entrecteten Südtirol den Religionunterricht in der Muttersprache gewährleistet. Die Katholiken Oesterreichs und Deutschlands sind am nächsten und tiefsten mitbetroffen durch dieses unerhörte Unrecht, das man an unseren Stam-mesbrüdern begehen will. An sie wenden sich in ihrer bitter-ten Not die Katholiken. Nordtirol steht als erster auf zu flamme dem Protest gegen das Unrecht, das nicht nur euren Stammesbrüdern, sondern der Kirche Gottes selbst angetan wird.“

Die Italiener stellen 205 300 Deutsche in Südtirol fest.

Ul. Rom, 7. Febr. Die „Giornale d'Italia“ läßt sich aus Bozen melden, daß nach der am 31. Dezember 1927 in Südtirol stattgefundenen Volkszählung 253 000 Einwohn-er gezählt wurden, von denen 47 000 Italiener und 205 300 Deutsche sind.

Die polnisch-Italienischen Verhandlungen

Polen's Antwort an Vatikan.

Ul. Warschau, 7. Febr. Wie der Warschauer Korrespon-dent der Tel. Union erfährt, soll die beabsichtigte polnische Note an Vatikan, deren Ueberreichung bereits vor einiger Zeit angekindigt wurde, erst kurz vor Beginn der März-tagung des Völkerbundes erfolgen und zwar um Wolbe-maras möglichst wenig Zeit für eine Antwort zu lassen. Von polnischer Seite will man nach dem Mißerfolg der letz-ten Note die polnisch-italienischen Verhandlungen wieder auf das Genfer Terrain verlegen, um dort mit Hilfe der West-mächte und unter dem Einfluß des Völkerbundesrates einen unmittelbaren Druck auf Vatikan ausüben zu können. Aus diesem Grunde soll die polnische Note sehr kurz gehalten werden und die wichtigsten der von Wolbemar's berührten Fragen vollständig mit Schweigen übergehen. Die seitens der polnischen Regierung verfolgte Taktik geht ferner nach wie vor darauf aus, nur wirtschaftliche Momente in den Vordergrund zu schieben, um auf diese Weise unausgesprochen eine Anerkennung des gegenwärtigen status quo durch Vatikan zu gewinnen. Aus diesem Grunde wird die Note in verständlichem Ton gehalten sein und Schärpen vermeiden.

Parlamentseröffnung in London

Ul. London, 7. Febr. In London erwartet man von der heutigen Thronrede, die anlässlich der Eröffnung der vier-ten Parlamentssession gehalten wird, keine Ueberraschung. Die ebenfalls vor den Wahlen stehende englische Regierung wird ihr gesetzgeberisches Programm so stark wie möglich beschneiden; sie wird ihre 4. Session schon zu Sommeranfang schließen und die letzte Session im November eröffnen. Im Juni 1929 dürfen die Neuwahlen stattfinden. Die Arbeiter-partei wird sich in ihrer Kritik darauf beschränken, von neuem die Nichtratifizierung des Washingtoner Arbeitsab-kommens zur Sprache zu bringen. Die Außenpolitik wird in der neuen Parlamentssession im bisherigen Rahmen ge-führt werden.

Der französisch-amerikanische

Schiedsgerichtsvertrag

Ul. Paris, 7. Febr. Den gestern erfolgten Abschluß des neuen französisch-amerikanischen Schiedsgerichtsvertrages nimmt der Leitartikel des „Temps“ zum Ausgangspunkt von Ausführungen, über die Friedenspolitik der Vereinigten Staaten. Das Blatt kommt auf den „traditionellen Geist gegenseitigen Vertrauens zwischen den beiden großen Demo-kralien“ zu sprechen, der den Plan eines zweiseitigen fran-zösisch-amerikanischen Antikriegspaktes rechtfertigt. Anders sei es dagegen bei einer Ausdehnung des Briand'schen Vor-schlages auf einen allen Nationen offenen mehrseitigen Pakt. Der „Temps“ sieht in der Unterzeichnung des Schiedsge-richtsvertrages eine glückliche Etappe in den Beziehungen der beiden Völker. Was gegenwärtig die Politik der Wa-shingtoner Regierung kennzeichne, seien die Bemühungen Coolidges und Kelloggs, auf dem Gebiete der Friedens-organisation, dieselben Resultate zu erzielen. Diese parallel mit der Völkerbundsarbeit geführte Aktion würde eine für den Geist der Entspannung und Verständigung günstige At-mosphäre schaffen, und die Vereinigten Staaten an den in-ternationalen Fragen interessieren, an denen sie anscheinend nach dem Kriege keinen Anteil mehr nehmen wollten.

Auf den amerikanischen Vorschlag zur Abschaffung der U-Bootwaffe übergehend, macht der „Temps“ keine Vor-behalte. Man dürfe nicht vergessen, daß das U-Boot die ein-

zige wirksame Desensivwaffe sei, über die die Nationen ver-fügten, die große Küstengrenzen zu verteidigen hätten un-fähig nicht den Zugang erlauben könnten, große Ueberwasser-flotten zu unterhalten. Das Blatt sieht in der Anregung der Vereinigten Staaten den Versuch, das Fiasko der Dreier-konferenz zur Seeabrüstung wieder wettzumachen.

Aus den Parteien

Die Volkspartei für die Kleinrentner.

Vergangene Woche trat der Geschäftsführende Landes-ausschuß der Deutschen Volkspartei in Württemberg in Stuttgart zu einer Sitzung zusammen. Der Landesvor-sitzende, Schultheiß Rath, M. d. L., gab einleitend einen Ueberblick über die politische Lage im Lande und begrün-dete das Verhalten der volksparteilichen Gruppe bei den-längsten Vorgängen im Landtag, das einmütige Billigung fand. Reichstagsabg. Biles berichtete über die politische Lage im Reich, die baldige Reichstagswahlen als wahrschein-lich erscheinen lasse. Im Anschluß wurden die mit den Land-tagswahlen zusammenhängenden organisatorischen Fragen eingehend erörtert. Zu Gunsten der Kleinrentner wurde nachstehende Entschliebung einstimmig angenommen: Der Landesauschuß bittet die Reichstagsfraktion, ihren ganzen Einfluß dafür einzusetzen, daß die Verabschiebung des Ren-terversorgungsgesetzes nicht mehr länger hinausgeschoben werden wird. Der jetzige Reichstag darf nicht auseinander-gehen, ohne seiner Pflicht gegenüber den durch die Inflation so schwer geschädigten Teilen des deutschen Volkes ge-nügt zu haben.“

Württ. Landtag

Im Landtag wurde die Vergütung des Kultetats fortge-setzt. Abg. Dr. v. Sieber (Dem.) sprach sich gegen eine räumliche Zusammenlegung aller Staatsbehörden aus und erklärte, daß seine Partei den Kirchen die in den Etat ein-gesetzten Mittel gerne, aber mit dem Vorbehalt gewähre, daß daraus keine rechtlichen Folgerungen gezogen werden. Er besprach dann das Reichsschulgesetz, auf dessen Schicksal der württ. Landtag keinen Einfluß habe. Es sei sehr kurz-sichtig, wenn sich evangelische Kreise so stark für den Reu-dellschen Entwurf einsetzten. Die Schulorganisation könne niemals allein auf dem Elternrecht aufgebaut werden. Es wäre zu begrüßen, wenn die Regelung des Religionsunter-richts im württ. Kirchengesetz von 1924 in das Reichsschul-gesetz hineinkäme. In der Frage des 8. Schuljahres habe man in Württemberg in den letzten Monaten eine Tragö-die erlebt. In dieser Frage marschiere Württemberg mit seinen zahlreichen Dispensationen am Schwanz von ganz Deutschland. Geschädigt seien vor allem die Kinder, die ohne 8. Schuljahr fast keine Lehrstellen mehr bekommen. Kultminister Dr. Wazille erwiderte, in urteilsfähigen Krei-sen Deutschlands sei Württemberg keineswegs zum Ge-spött geworden. Er habe Beweise dafür, daß von außen her versucht werde, das Verhältnis zwischen Kultminister und Lehrern zu trüben. In unwahrster Weise werde gegen ihn gehetzt. Bei der Besetzung von Volksschullehrerposten seien für ihn stets nur sachliche Gründe maßgebend gewesen. Viele Länder hätten gesagt, daß sie das 8. Schuljahr nicht mehr einführen würden, wenn sie es nicht schon hätten. Es sei eine Auszeichnung für Württemberg, wenn es den Mut aufgebrachte habe, auf die wirtschaftliche Not Rücksicht zu nehmen. Bei einer Volksabstimmung würden sicher zwei Drittel des Volkes für die Hinausschiebung des 8. Schuljah-res stimmen. Schließlich erklärte der Minister noch auf eine Anfrage des Abg. Sieber, daß von einer Konfessionsver-handlungen in Württemberg keine Rede sei. Die einzigen Verhandlungen mit der Kurie hätten sich auf die letzte Bischofswahl bezogen und seitdem sei nichts mehr geschehen. Württemberg habe nur an Baden und Hessen ein Schreiben wegen gemeinsamer Behandlung der alten päpstlichen Bul-len gerichtet. Nach weiteren Ausführungen der Abgeordne-ten Becker (Komm.) und Hartmann (D.V.) wurde die Wet-terberatung vertagt.

Antworten auf kleine Anfragen.

StW. Stuttgart, 7. Febr. Auf eine Anfrage des Bauern-bunds hat die Regierung im Landtag geantwortet, daß das Verfahren, Steuerrückstände im Betrag bis zu 1000 M durch Postnachnahme einzuziehen, auf einer für das ganze Reichs-gebiet erlassenen Anordnung des Reichsfinanzministers be-ruht. Der württembergische Finanzminister verspricht sich nach einer ihm vom Landesfinanzamt gemachten Mitteilung über diese Angelegenheit von einer Vorstellung gegen die Anordnung des Reichsfinanzministers keinen Erfolg. — Auf eine Anfrage des Zentrums und des Bauernbunds betr. die Einkommensteueranlagung erklärte sich die Regierung grundsätzlich bereit, dafür einzutreten, daß bei dem Ver-fahren bezüglich der Festsetzung und Handhabung der Rahmen-sätze für Einkommen- und Umsatzsteuer die besonderen Ver-hältnisse der einzelnen Gemeinden und der einzelnen Be-triebe ausreichend berücksichtigt werden. — Auf eine Zen-trumsanfrage betr. die Weiterführung des Baus der Re-benbahn Viberach-Uttenweiler wurde geantwortet, daß die Regierung jede Gelegenheit wahrnehmen wird, um durch Schritte bei der Reichsregierung und der Deutschen Reichs-bahngesellschaft die Bauarbeiten an dieser Nebenbahn wie an den übrigen früher begonnenen Nebenbahnen in Gang zu bringen.

Schwerhörige

erprobt unsern neuesten Hörapparat mit regulierbarer Lautstärke. Aerztlich empfohlen. Mässige Preise. Erleichterte Zahlungsbe-dingungen. Vorführung am Freitag, den 10. Febr. von 8—11 Uhr im Hotel Waldhorn in Calw.

Deutsche Otophone Comp. G. m. b. H.
Frankfurt a/M. Gegründet 1910.

Aus Württemberg

Luftverkehrsfragen.

Direktor Milch von der Deutschen Lusthansa in Berlin, der kürzlich die Flughafenanlagen in Böblingen einer eingehenden Prüfung unterzieht, benützte diese Gelegenheit, um sich vor den Vertretern der Presse im Sitzungssaal der Presse über aktuelle Luftverkehrsfragen auszusprechen. Nach Begrüßungsworten von Ministerialrat Staiger vom Württ. Wirtschaftsministerium sprach sich Direktor Milch zunächst über seine Eindrücke in Böblingen aus, wobei er seinem Erstaunen Ausdruck gab, was in der letzten Zeit alles in Böblingen geschaffen worden war. Das neue Verwaltungsgebäude ist fertig, bezogen und dem Streckenverkehr übergeben. Besonders erfreulich sei der Stand des Jungsteigerhorstes. Sehr erfreut sei er auch über die Werk der Deutschen Lusthansa in Böblingen. Sämtliche Einrichtungen seien zweckentsprechend und gut. Er habe den Eindruck gewonnen, daß in Böblingen mit Fleiß und großem Verständnis gearbeitet werde. Sodann ging Direktor Milch auf einige Fragen des deutschen Luftverkehrs vom Standpunkt der Praxis und der Technik aus ein. Er schilderte zunächst die heutigen Verkehrsaufgaben für den Luftverkehr, besprach den derzeitigen Normalverkehr bis zu 500 Kilometern und europäischen Schnellverkehr bis zu ca. 1000 Kilometern und den internationalen Großverkehr und ging dann in seinen weiteren Ausführungen vor allem auf technische Fragen ein. Die Fragen des Höhenfluges und des Spaltfluges sind Probleme, die für die weitere Entwicklung des Luftverkehrs ausschlaggebend sind. Auch in Deutschland geht die Entwicklung luftgekühlter Motoren rasch vorwärts. Schon in diesem Jahr werden luftgekühlte Motoren von 450 PS-Stärke in größerer Zahl im Luftverkehr eingesetzt. Die Entwicklung der Luftschrauben geht immer mehr auf die Verwendung von Metall-Luftschrauben hin. Die Entwicklung des Nachfluges und die Notwendigkeit, bei schlechtem Wetter zu fliegen und zu landen, bringen dem Instrumentenwesen neue Aufgaben. Für die Navigation, für die Motor- und Fluglagen-Überwachung und für den Nachrichtendienst. Es wird eine Normalisierung dieser Ausrüstung angestrebt. Um auf den heutigen Strecken mit der Eisenbahn konkurrieren zu können, ist der Uebergang zum Nachtverkehr notwendig. In das gleiche Kapitel fällt die Unabhängigkeit vom Wetter, sie ist in erster Linie eine Frage der Instrumentierung. Um alle diese Arbeiten durchzuführen, sind besondere Mittel nötig. Der Luftverkehr ist heute in Europa noch nicht eigenwirtschaftlich. Zu den Einnahmen aus Post, Passagieren und Fracht treten in allen Ländern Streckenbeiträge der öffentlichen Hand (Subventionen). Von ganz besonderer Wichtigkeit sind hierbei Sicherstellung der Subventionen auf 7-10 Jahre, wie in England, Frankreich, Italien, Holland, Japan, wodurch bessere Dispositionen und ruhige Materialentwicklung erreicht wird. Das deutsche System erschwert jede wirtschaftliche Voraussicht. Heute, Anfang Februar, ist beispielsweise der Etat von 1928/29 vom Reichstag noch nicht genehmigt und somit keinerlei wirtschaftliche Sicherheit für die Verwendungsmöglichkeiten von Material und Personal gegeben. Wesentlich für die Wirtschaftlichkeit in dem Luftverkehrsbetriebe ist ferner die Einarbeitung des Bedienungspersonals und die Vertrautheit mit dem verwendeten Material. Hierzu tragen wesentlich die eigenen Reparaturwerkstätten bei. Die vom internationalen Standpunkt aus geforderte gute Stellung des deutschen Luftverkehrs ist neben der großen Hilfe des Reiches insbesondere auch den deutschen Ländern und den deutschen Großstädten, der Presse und der gesamten Bevölkerung zu verdanken, die in selbstloser Weise rechtzeitig den Wert des neuen Verkehrsmittels erfasst und durch fortlaufende Gewährung von Mitteln und sonstiger Unterstützung maßgeblich gefördert haben, kaum in einem zweiten Lande wie in Deutschland hat daher der Gedanke der friedlichen Handels-Luftfahrt so stark Wurzel schlagen können. Mit Sicherheit ist anzunehmen, daß die Früchte in absehbarer Zeit der Arbeit folgen werden.

Aus Stadt und Land

Calw, den 8. Februar 1928

Sieben magere Jahre der Sieblungsbeziehung.

ep. Die Sieblungsstätigkeit des Reiches hat bis jetzt leider nur sehr bescheidene Erfolge erzielt, obwohl der jährliche Kostenaufwand der Sieblungsbürokratie nicht weniger als 15 Millionen beträgt. Das Stat. Reichsamt hat kürzlich eine Uebersicht über die auf Grund des Reichs-Sieblungsgesetzes in den 7 Jahren 1919-1925 geschaffenen Sieblungen gegeben. Darnach beträgt die bestedete De- und Moorlandfläche insgesamt 13240 Hektar. Es sind in den letzten sieben Jahren auf Neuland durchschnittlich 200 Stellen jährlich geschaffen worden, davon durchschnittlich 120 mit einem die Selbständigkeit garantierenden Landbesitz. Die auf altem Kulturland neubesiedelte Fläche beträgt

133 500 Hektar. 15 350 Neusiedler, also rund 2200 jährliche, wurden angelegt. Etwa 9000 Neusiedler haben jedoch so geringe Ländereien bekommen, daß sie nicht als häuerlicher Zuwachs gewertet werden können. Der Jahreszuwachs des neuen Bauerntums beziffert sich auf etwa rund 5000 Köpfe, für ein 60 Millionen Volk gewiß eine recht bescheidene Zahl. Umfangreich ist die Tätigkeit auf dem Gebiet der Auslieferung. Es wurden 45 000 Kleinbetrieben 52 000 Hektar Land als Eigentum zugelegt. Die Statistik sagt jedoch nicht, in wie viel Fällen durch die Landbereicherung aus Kleinbetrieben selbständige Bauernwirtschaften geworden sind. Daß gegenwärtig die Abwanderung aus dem Lande die geringen Sieblungserfolge weit in den Schatten stellt, zeigt ein dem preussischen Landtag zugegangener Ausschußbericht über das landwirtschaftliche Sieblungswesen. Darnach sind von 1919-1925 aus Ostpreußen 158 000 Menschen abgewandert, und zwar Landarbeiter, die wegen ungenügender Entlohnung oder Unterbringungsschwierigkeiten ihre Stellung aufgaben. Als wesentliches Hindernis der Sieblungsbewegung wurde die Abneigung der Siebler hingestellt, primitiv anzufangen. Wenn nicht bald ganz energische Maßnahmen zur Förderung der Sieblungsbewegung ergreifen werden, so wird angesichts des ständigen Abzugs der Landbevölkerung in die Städte bei uns in Wäldern dieselbe Erscheinung zu beobachten sein wie in Frankreich, wo die Betreibeanbaufläche zwischen 1890 und 1923 von über 7 Millionen Hektar auf 5,2 (nach anderen Schätzungen 4) Millionen Hektar zurückgegangen ist. Die Verbündung weltweiter Landstriche macht hier rasende Fortschritte. Das Brachland ist fast auf die Höhe von 5 Millionen Hektar gestiegen.

Jagdverpackungen.

In den letzten Tagen fanden im Bezirk verschiedene Neuverpackungen von Gemeindefajden statt, die alle eine bedeutende Erhöhung der seitler erzielten Fajdsummen brachten. An der Spitze marschiert Neuweltler, wo seitler jährlich 340 M. jezt aber 1700 M. geboten wurden; Zuschlag steht noch aus. Dann folgt Nöthenbach mit 1200 M. gegen seitler 400 M. und Breitenberg mit 600 M. gegen 300 M. Der Mehrerlös wird diesen Gemeinden sehr zufließen kommen.

Körperschafts- und Gemeindebeamten-Versammlung in Nagold.

Am Samstag fand in der „Traube“ in Nagold eine Versammlung der Körperschafts- und Gemeindebeamten statt. Neben vielen Beamten aus dem Nagolder Bezirk waren zahlreiche Körperschaftsbeamte aus den Bezirken Nagold, Calw, Freudenstadt, Herrenberg, Horb und Neuenbürg vertreten. Der Mittelpunkt der Versammlung, die von Stadtschultheiß Mater-Nagold herzlich begrüßt und geleitet wurde, bildeten zwei Vorträge und zwar sprach Verwaltungsdirektor Schmid vom Württ. Gemeindetag über das Grund- und Gewerbesteuerabkommensgesetz und Oberrechnungsrat Einsle über die Neue Besoldungsordnung der Beamten und die hierüber vorliegenden Entwürfe. An die Vorträge schloß sich dann eine Aussprache an.

Wetter für Donnerstag und Freitag.

Westlicher Hochdruck hat Aufklärung gebracht. Im Norden liegen aber immer noch Depressionen, die nicht ohne Einfluß bleiben werden, sodaß für Donnerstag und Freitag unbeständiges, zeitweise bedecktes Wetter zu erwarten ist.

SCB. Pforzheim, 7. Febr. Am Sonntag fuhr der Arzt von Tiefenbrunn, Dr. Volsch, wie schon oft auf die Jagd. Seinem Chauffeur sagte Dr. Volsch, er solle ihn nach zwei Stunden von dem Punkt, wo er hingefahren wurde, abholen. Zur festgesetzten Zeit war das Auto auch dort. Aber auf keine Hupenzeichen erfolgte keine Antwort. Die Gendarmerie suchte, wie der „Pforzh. Anz.“ berichtet, nach 11 Uhr mit einigen Leuten nach dem Vermissten, konnten ihn aber in der Dunkelheit nicht finden. Sobald es wieder Tag geworden war, veranstaltete die Gendarmerie mit 30 Leuten eine neue Streife, wobei man Dr. Volsch in der Nähe eines Weges auf seinem Jagdgebiet tot fand. Der Kopf war aufgeschwollen, durch Weste und Hemd war ein Schrottschuß aus dem eigenen Jagdgewehr in die Herzgegend gegangen. Dr. Volsch war 40 Jahre alt und erst seit kurzer Zeit verheiratet.

SCB. Stuttgart, 7. Febr. Der Bescheidentwurf zur Ablösung der Renten der Standesherrn wird in dieser Woche im Reichsrat beraten werden. Ueber die Wünsche der Länder verlautet, wie die Frankfurter Ztg. meldet, daß Württemberg die für Hofrenten vorgeschlagenen Bestimmungen auf die Renten, die sich aus dem Reichsdeputationsauschuß 1803 herleiten, ausdehnen will. Diese Renten umfassen nicht nur ehemalige Reichsfürsten, sondern in erster Linie kleine Reichsunmittelbare, die nicht die Landeshoheit innehatten.

SCB. Ludwigsburg, 7. Febr. Gestern hantierte ein etwa 35 Jahre alter Mann der Vorstadt Ohweil mit einem Gewehr, das er zum Spazierschießen verwendete. Durch irgend einen Umstand, vermutlich eine Ladestörung, verfaßte

einmal das Gewehr, so daß es der Spaziergegner einer genaueren Untersuchung unterzog. Zu dem Zwecke stellte er es auf den Boden und sah in das Laufrohr. Gerade in diesem Augenblick krachte ein Schuß — das Gewehr war losgegangen. Ein Teil der Ladung ging dem Mann ins Gesicht und verletzte ihn an einem Auge schwer. Er wurde sogleich ins Bezirkskrankenhaus gebracht und einer Operation unterzogen.

SCB. Vom Bodensee, 7. Febr. Durch einen Pullover kam die Konstanzener Kriminalpolizei auf die Spur eines i. J. 1926 in einem hiesigen Fabrikationsgeschäft ausgeführten Diebstahles. Ein Kriminalbeamter erkannte einen von einer jungen Frau getragenen Pullover als einen von denjenigen wieder, die jzt. gestohlen worden waren. Die Vernehmung der Frau führte zur Festnahme ihres Schwagers, des Fabrikarbeiters Auer, in dessen Wohnung bei einer Durchsuchung eine Anzahl Einbruchswerkzeuge, ja sogar ein ganzes Warenlager von Herrenanzügen, Bett- und Weißwäsche, die aus einem Einbruch in ein Weißwarengeschäft herrührten, sowie wertvolle Kamelhaar- und Wollbettedecken, Bettvorlagen, Damenkleiderstoffe und auch eine goldene Herrentaschenuhr gefunden wurden. Damit finden eine ganze Reihe von Diebstählen, die bis 1925 zurückreichen, ihre Aufklärung. Auch die Frau des Auer wurde verhaftet.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft

Berliner Briefkurse.

100 holl. Gulden.	169,05
100 franz. Franken	16,48
100 schweiz. Franken	80,71

Börsenberichte.

SCB. Stuttgart, 7. Febr. Die Börse lag heute etwas fester, aber es gab nur wenig Kursaufbesserungen.

Produktbörsen und Marktberichte

des Landwirtschaftlichen Hauptverbandes Württemberg und Hohenzollern E. V.

E. C. Berliner Produktbörsen vom 7. Februar.

Weizen märk. 225-228; Gerste 220-270; Hafer märk. 201-212; Mais prompt Berlin 216-219; Weizenmehl 23,50 bis 22,75; Roggenmehl 29,50-33; Weizenkleie 15,25-15,30; Roggenkleie 15,25; Raps 345-350; Viktoriaerbsen 48-55; Kleine Speiseerbsen 32-35; Futtererbsen 21-22; Pelusiken 20-21; Ackerbohnen 20-21; Wicken 21-23; blaue Lupinen 14-14,75; gelbe 15,50-16; Seradella 21-24; Rapsstüben 19,75-19,90; Weinkuchen 22-22,20; Trodenstübel 12,90 bis 13; Sojabohnen 21-21,60; Kartoffelflocken 24-24,60 M. Allgemeinere Tendenz: matt.

Stuttgarter Schlachtviehmarkt.

Dem Dienstagmarkt am städt. Vieh- und Schlachthof wurden zugeführt: 28 Ochsen (unverkauft 2), 23 Bullen, 278 (23) Jungbullen, 278 (25) Jungrinder, 145 (25) Kühe, 788 Kälber, 2200 (120) Schweine, 1 Schaf, 1 Ziege. Erlös aus je 1 Ztr. Lebendgewicht: Ochsen a 54-59 (letzter Markt -); b 46-52 (-); c 39-44 (-); Bullen a 50-52 (49-51); b 46 bis 49 (44-47); c 42-48 (-); Jungrinder a 59-61 (57-60); b 50-56 (unv.); c 42-48 (unv.); Kühe a 40-46 (-); b 30 bis 37 (29-30); c 20-38 (unv.); d 14-18 (unv.); Kälber b 80-83 (78-82); c 70-78 (67-76); d 60-67 (58-65); Schweine a, fetter über 300 Pfd. 62-63 (61-63); b, vollfleischige von 240-300 Pfd. 63-68 (61-63); c, von 200-240 Pfd. 60-67 (unv.); d, von 160-200 Pfd. 58-59 (unv.); e, fleischige von 120-160 Pfund 55-57 (56-57); Sauen 42-52 (unv.) M.; Marktverlauf: Großvieh ruhig, Ueberstand; Kühe belebt; Schweine mäßig belebt.

Viehpreise.

Gmünd: Farren 235-505, Stiere 380-520, Kühe 230 bis 600, Rinder 185-620 M. — Kirchheim u. T.: Farren 400 bis 1050, Ochsen und Stiere 420-940, Kühe 200-930, Kälber 470-950, Schmalvieh 220-470 M. — Oberfontheim: Kühe 350-700, Jungrinder 150-480 M. — Oberndorf a. N.: ein Paar Schlachtochsen 1300-1500, Jungtiere 900-1150 b. P., trächtige Kühe und Kälbinnen 400-650, jährige Rinder 280 bis 340, halbjährige 200-230 M.

Schweinepreise.

Balingen: Milchschweine 17-26 M. — Bopfingen: Käufer 30-55, Saugschweine 10-20 M. — Ellwangen: Milchschweine 30-45, Käufer 40-50 M. — Herrenberg: Milchschweine 17-23, Käufer 32-35 M. — Ravensburg: Ferkel 16-24, Käufer 30-50 M. — Saulgau: Ferkel 23-27, Käufer bis 37 M.

Fruchtpreise.

Balingen: Haber 10,50 M. — Ellwangen: Weizen 14, Roggen 13,50-14,50, Gerste 13,40-13,70, Hafer 10,40 bis 10,50 M. — Nagold: Weizen 13-13,50, Gerste 12,50, Haber 10 M. — Ravensburg: Weizen 10,25-10,50, Weizen 13,50 bis 13,75, Roggen 12-12,30, Gerste 12,50, Haber 11,65-12, Saathaber 12,75 M. — Reutlingen: Weizen 14-15, Dinkel 8,50 bis 11, Gerste 11,20-13,50, Haber 11-13 M. —

Bergebung von Bauarbeiten.

Für Erbauung eines Wohnhauses in Oberkollbach erbeuge ich die

Grad-, Maurer-, Gipser-, Stalqner-, Schreiner-, Staler- und Schlosserarbeiten, sowie die Materialbeiführ.

Die Unterlagen dazu liegen bei Fräulein Eva Maria Hahn in Oberkollbach auf, wo auch die Angebote bis 18. Februar abzugeben sind. Zuschlag vorbehalten.

Oberlehrer Grieb, Nagold.

Ausverkauf

Gewähre auf meine sämtlichen Textilwaren vom 8.-10. dieses Monats

10 Prozent Rabatt

Fr. Volz
Oberkollbach.

Lehrlings-Gesuch.

Suche bis Frühjahr einen ordentlichen, kräftigen

Jungen

welcher Lust hat, die

Schreinerei gründlich zu erlernen. Christian Stihel, Möbelschreinerei Nagold.

Serva-Kaffee



beste Mischungen, stets frisch gebrannt
Carl Serva, Calw
Fernsprecher Nr. 120.

Ämtliche Bekanntmachungen.
Ostelsheim.



Laubstammholz-Verkauf.

Am Montag, den 19. ds. Mts., werden aus dem hiesigen Gemeindevald an Ort und Stelle verkauft:

75 Stück Eichen mit Fm.: 4 II., 8 III., 14 IV., 16 V., 1 VI. Kl.
8 St. Buchen mit Fm.: 2 II., 3 III., 2 IV. Kl.
70 Stück eichene Wagnerstangen.

Zusammenkunft vormittags 9 Uhr am Rathaus. Auszüge durch Waldmeister Gehring.
Den 7. Februar 1928.

Schultheißenamt.

Gemeinde Ottenbronn.



Nadelstammholz-Verkauf.

Am Samstag, den 11. Februar nachmittags 3 Uhr kommt auf dem hiesigen Rathaus im öffentlichen Ausschreib nachstehendes Stammholz zum Verkauf:

Fichten, Tannen und Föhren-

Langholz 214 Stück I. Klasse 3,04 Fstmeter, II. Kl. 16,30 Fstm., III. Kl. 42,78 Fstm., IV. Kl. 40,00 Fstm., V. Kl. 24,64 Fstm., VI. Kl. 1,64 Fstm.

Stg Holz: I. Kl. 1,32 Fstm., III. Kl. 1,91 Fstm., IV. Kl. 1,62 Fstm., V. Kl. 0,35 Fstm.

Gemeinderat.

Ottenbronn.

Die hiesige

Gemeindejagd



umfassend 330 ha Feld u. Wald, kommt am Samstag, den 11. Februar, nachmittags 5 Uhr auf dem hiesigen Rathaus auf 6 Jahre zur Verpachtung. Liebhaber sind eingeladen. Unbekannte Steigerer haben Vermögenszeugnisse neuesten Datums vorzulegen.
Gemeinderat.

Die Wanderarbeitsstätt

liefert auf die Bühne schön gepoltemes, trockenes Brennholz zu 2,50 Mk. für 1 Zentner und Anzündholz in Bündeln zu 20 Pfg. für 1 Bund
Bestellungen nimmt entgegen
Obermühlener ...

Vereinigte Berlinische u. Preussische Lebensversicherungs - Aktiengesellschaft
(Alte Berlinische) Gegründet 1836
Berlin S. W. 68, Markgrafstr. 11

Wir haben den dortigen, bereits organisierten Bezirk neu zu vergeben. Geboten werden Gehalt, Reisevergütung und Provision.

Tüchtige Herren

von gutem Ruf und Charakter finden Gelegenheit, sich bei unseren in jeder Beziehung konkurrenzfähigen Tarifen eine gute entwicklungsfähige Position zu schaffen. Angebote mit Angabe der bish. Resultate erbitten wir an unsere
Bezirksdirektion für Württemberg und Hohenzollern Stuttgart, Urbanstr. 70.

Verkaufe einen gutlaufenden

3 1/2 Tonnen Lastkraftwagen



(Marke Opel) guter Bergsteiger, noch nicht viel gefahren um den Spottpreis von 3200 Mk. Wer, sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Etwas Gutes

für Haare und Haarboden ist Dr. Erlic's echtes Bresselhaarwasser (Nk. 1.50) Neue Apotheke Calw, Apotheke Liebenzell.

Haarspangen repariert

J. Obermatt, Friseur beim Adler, Telefon 240

Veteranen- und Militärverein Calw

Am Sonntag, den 12. Februar, nachmittags 4 Uhr, findet im Lokal Hotel "Adler" die diesjährige

Hauptversammlung

- Tagesordnung:
1. Bericht des Schriftführers über die Vereinstätigkeit 1927.
 2. Bericht des Kassensührers.
 3. Bericht des Fürsorgeanwalts.
 4. Bericht des Schießleiters.
 5. Neuaufnahmen.
 6. Wahlen.
 7. Ehrungen für verdiente Vereinsmitglieder.
 8. Erstellung einer eigenen Schießanlage.
 9. Verschiedenes.

Änderungen in der Reihenfolge behält sich die Vorstandschast ausdrücklich vor.

Die Vereinsleitung erucht die Herren Kameraden wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung sich recht zahlreich beteiligen zu wollen.

J. A.: Der Ausschub.

LUGER

Eingetroffen

Lebendfrische

See-Fische

direkt von der See.

Cabljan

Pfd. 35 Pfg.

See-Lachs

Pfd. 35 Pfg.

See-Fische gelbe

Pfd. 20 Pfg.

Heringe

Pfd. 20 Pfg.

Freisch gewässerte

Stockfische

Pfd. 30 Pfg.

Felsche Fett-

Vütslinge

Pfd. 28 Pfg.

Echle

Sprossen

1/2 Pfd. 15 Pfg.

5 Prozent Rabatt.

Ihr Bruchleiden

verschlernmerkt sich unbedingt beim Tragen eines unrichtigen, schlechthigenden Bruchbandes. Verhüten Sie das durch meine seit 20 Jahren wohlbekannt, unter Garantie passende, ärztlicherseits anerkannte Spezial-Bandage für alle Brucharten, auch Hodenbrüche, ohne Feder, kein harter Ledergürtel oder Eisenbügel. Ferner Leib-, Diabel-, Worsfallbinden etc. Nachweislich haben sich Personen durch das Tag- u. Nacht-Tragen meiner Bandage selbst geheilt, z. B.: H. W. Wergentheim: 35 J. alt, Leidend, geh.: H. H. Wera: 11 J. alt, ebenf. geh.; H. H. Friedberg: 52 J. alt, geh. usw.

Kostenlos zu sprechen in: Calw Freitag, den 10. Februar von 2 1/2 - 6 Uhr nachmittags im Hotel Adler, ferner in Nagold, Freitag, den 10. Februar von 8 - 1 Uhr im Hotel Löwen.

Dr. med. Eugen Frei Nachf. (W. Frei), Stuttgart, Birkenstraße 12.

Wegen anderweitigen Unternehmungen verkaufe ich mein bereits noch neues

Haus, einige Morgen Felder

sowie einen schönen Baumgarten, in nächster Nähe Calws. Verkauf kann jederzeit abgeschlossen werden. Zu erfragen in der Geschäftsstelle dieses Blattes.



Kaisers Brust-Caramellen
mit den „3 Tannen“

schützen mich vor Erkältung, Husten und Katarrh! - Weder Regen, Schnee noch Kälte können Ihnen schaden, wenn Sie dieses seit 35 Jahren bewährte Hustenmittel bei sich haben. Schnell u. sicher beseitigen Sie damit Husten, Heiserkeit, Katarrh, Verschleimung.

Raket 40 Pfg., Dose 80 Pfg. Zu haben bei:

Neue Apotheke, Th. Hartmann, Alte Apotheke, Fr. C. Reichmann, Ritterdrogerie, O. E. Kistowski; Carl Serva; Herm. Häussler, Hans Helmgärtner; Fr. Lamparter; Wilh. Sachs, K. Otto Vinçon; Apotheke E. Müller, Aidingen und wo Plakate sichtbar.

FASTNACHTS-GEBACK

Berliner Pfannkuchen Krapfen Muzen

Je feiner das Backfett um so feiner der Geschmack. Reform- bis zum letzten Jahr Saffran-Platzgebäck mit das naturreine Pflanzenfett

Palmin



Alleinige Hersteller: H. Schilck & Co. A.-G. Hamburg

Oberhangkeit.

Im Wege der

Zwangs-

vollstreckung

versteigere ich am Freitag, den 10. ds. Mts., nachmittags 4 Uhr, gegen bare Bezahlung:

1 Kuh rot Marke Fels,

1 Paar Läufer Schweine.

Zusammenkunft b. Rathaus- Gerichtsvolziehler beim Amtsgericht Calw Dyingemach.

Nichelberg u. Calw.

Im Wege der

Zwangs-

vollstreckung

versteigere ich am Freitag, den 10. ds. Mts., vormittags 11 Uhr, gegen bare Bezahlung:

zirca 80 Zentner Heu

u. Viehd., Akerfutler,

80 Garben Haber.

Zusammenkunft b. Rathaus. Gerichtsvolziehler beim Amtsgericht Calw Dyingemach.

Auf 15. Febr. od. 1. März

solides

Allein-

mädchen

gesucht.

Regierungsapotheker

Palmer

Inselfstraße 199.

Suche für 1. März ehr-

liches, fleißiges

Allein-

mädchen

Guter Lohn und Behand-

lung.

Philipp Reis

Megerei

Mannheim

Mugartenstraße 34.

Mädchen-Gesuch.

Zum Eintritt für Mitte

März und Anfang April

suche ich

2-3 geordnete

Mädchen

für Küche und Hausarbeit.

Andler & Siech

Bad Leinach.

W. Forstamt Liebenzell.

Laubstammholz-

Verkauf.

Am Donnerstag, den 16. Februar 1928 nachm. 1 Uhr im Bad Liebenzell im „Lamm“ aus Staatswald (Forstmeister- u. Oberförsterrevier) 70 Eichen mit Fm.: 1 III., 6 IV., 17 V., 4 VI. Kl.; 183 Rotbuchen mit Fm.: 6 II., 15 III., 65 IV., 41 V. Kl. Auszüge durch die Forstdirektion, O. f. H. Stuttgart.

W. Forstamt Calmbach

Forstmeister u. Oberförsterrevier.

Schäufelholz-

Verkauf.

Am Freitag, den 17. Februar 1928 vorm. 9 Uhr in Calmbach in der „Lose“ aus Staatswald (Djir. I. Eiberg, III. Melhorn, IV. Heinenhardt und V. Stöckling, im Kolbu.: 31 Eicht., 46 Prgl., 427 Klobh., 32 Anbr.; Uebr. Laubh.: 85 Anbr.; Nadelh.: 1 Spält., 51 Prgl., 800 Anbr. Losse verzeichnisse durch die Forstdirektion, O. f. H. Stuttgart.

Teppiche

nur bestbewährte

deutsche Qualitäten

und echte Perser

all. Provenienzen liefert auf Wunsch auch bei bequem.

Teilzahlungen das bekannte

Teppichhaus Eberhard

Stuttgart, Königstraße Nr. 1

11 Schreiben Sie sofort 11

Sterbekleider
Sterbekissen
Sargdecken
Luffe
Schäufelberger
Untere Marktstr. 24

Speßhardt

Verkaufe eine mit dem

4. Kalb 34 Wochen trüchtige



Ruh

Jakob Schaible.